



Öffentliche Stellungnahme

Öffentliche Stellungnahme der Alevitischen Gemeinde Deutschland K.d.ö.R (AABF) und des Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland (BDAJ) e.V. zur Anfrage der Fraktion Tierschutz/DAL (Duisburger Alternative Liste), DAL, BIG (Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit)-Dergah und TR im Integrationsrat der Stadt Duisburg vom 21. August 2024 bezüglich der Bildungsveranstaltung „Transnationale Erinnerungskultur & Rechtsextremismus in der Migrationsgesellschaft. Das Pogrom in Sivas 1993.“ am 4. Juli 2024 im Stadthistorischen Museum Duisburg.

AABF und BDAJ nehmen die Anfrage der Fraktion im Integrationsrat der Stadt Duisburg bezüglich einer Veranstaltung anlässlich des Brandanschlags von Sivas/Türkei im Jahr 1993 mit großer Besorgnis zur Kenntnis.

Die Anfrage stellt eine problematische Intervention dar, die in mehrfacher Hinsicht kritikwürdig ist. Besonders bedenklich ist die Zusammensetzung der anfragenden Fraktion, die politische und religiöse Interessen vertreten und eine einseitige und nationalistische Perspektive auf Menschenrechtsfragen einnehmen.

Die Anfrage im Wortlaut: „Am 4. Juli 2024 fand eine Veranstaltung des NS-Dokumentationszentrums zu den Auseinandersetzungen in der türkischen Stadt Sivas im Jahre 1993 statt. Dort kam es zwischen Bevölkerungsgruppen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Inwieweit dieses Ereignis in Sivas mit Duisburg und seiner NS-Vergangenheit im Zusammenhang steht, ist uns aber schleierhaft. Ebenso stellt sich die Frage, ob hier Partei in einem Konflikt innerhalb eines anderen Landes ergriffen werden soll?“ (Komplette Anfrage im Anhang)

Kritik an der Anfrage und ihren Implikationen

Die Formulierung der Anfrage suggeriert fälschlicherweise, dass das Zentrum für Erinnerungskultur in Duisburg seine Kompetenzen überschreite und sich unangemessen in die innenpolitischen Konflikte anderer Länder einmische. Diese Darstellung ist nicht nur irreführend, sondern eine unverhohlene Provokation, die soziale Spannungen in Duisburg verschärfen könnte. Besonders problematisch ist die Unterstellung, das Zentrum wolle „Partei in einem Konflikt innerhalb eines anderen Landes“ ergreifen. Diese Unterstellung lenkt von der eigentlichen Aufgabe des Zentrums ab. Wir bekräftigen den innovativen Vorstoß des Zentrums für Erinnerungskultur, Erinnerungskultur vielsprachig weiterzuentwickeln und darüber zu reflektieren, was die Herausforderungen sind für die Erinnerungskultur in einer Einwanderungsgesellschaft und wie sich die Analyse des Rechtsextremismus erweitern muss. Der Brandanschlag von Sivas, bei dem 35 überwiegend alevitische Menschen Opfer wurden, ist ein trauriges Beispiel für ein religiöses und rechtsextremes Motiv, das die Verflechtung von religiösem Fanatismus und nationalistischer Ideologie zeigt. Durch die Einbeziehung solcher Ereignisse leistet das Zentrum einen wertvollen Beitrag zur Förderung einer vielsprachigen Erinnerungskultur, die nicht nur die Vergangenheit, sondern auch gegenwärtige Herausforderungen in den Blick nimmt.



Bedeutung der Bildungs- und Gedenkveranstaltungen zu „Sivas 1993“

Eine Veranstaltung zu Transnationaler Erinnerungskultur, insbesondere zur Erinnerung an das Massaker von Sivas 1993 am 4. Juli 2024 war ein wichtiger Bestandteil der Arbeit des Zentrums für Erinnerungskultur. Die Auseinandersetzung mit solchen Gewalttaten ist von zentraler Bedeutung für das Verständnis und die Anerkennung der alevitischen Identität in Deutschland und darüber hinaus. Das Massaker hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Erinnerungskultur der alevitischen Gemeinschaft, die viele von ihnen als Teil ihrer Identität tragen. Diese Veranstaltung erinnerte nicht nur an die Opfer des Massakers, sondern auch an die anhaltende Diskriminierung und den Antialevitischen Rassismus, dem Alevit*innen in der Türkei und auch in der Diaspora ausgesetzt sind.

Gegen strukturellem Rassismus und Verfolgung

Eine Veranstaltung zum Brandanschlag von Sivas geht jedoch über das Gedenken an die Alevit*innen hinaus. Sie stellt eine multiperspektivische Auseinandersetzung dar, bei der die Schicksale und Erfahrungen anderer von der gleichen Täterideologie betroffener Gruppen thematisiert wurden. Zu diesen zählen neben den Alevit*innen auch Assyrer*innen, Armenier*innen, Pontosgriech*innen, Jüdinnen*Juden und andere ethnische und religiöse Minderheiten, die ebenfalls unter strukturellem Rassismus und Verfolgung in der Türkei leiden. Diese Gruppen haben in der Diaspora eine transnationale Erinnerungskultur entwickelt, in der sie Aufklärung, Gerechtigkeit und ein würdevolles Gedenken fordern.

Anfrage untergräbt das Recht auf Bildung, Diskussion und Erinnerung

Die Anfrage der Fraktionen Tierschutz/DAL, DAL, BIG-DERGAH und TR möchte wichtige Impulse für die Erinnerungsarbeit in der Migrationsgesellschaft untergraben. Die Zusammensetzung der Listen in der Duisburger Fraktion ist vor diesem Hintergrund sehr problematisch. Es sind Listen, die türkisch-nationalistische und religiöse Interessen vertreten wollen und mit dieser Anfrage eindeutig nicht davor zurückschrecken, Gewalt zu verharmlosen und nationalistische Perspektiven auf globale Menschenrechtsfragen einzunehmen! Die Listen meinen tatsächlich die demokratische Auseinandersetzung mit Rassismuserfahrungen der Migrationsgesellschaft in Deutschland als gewählte Vertreter*innen aber der demokratischen Partizipationspolitik doppel-moralisch verhindern zu können. Dem stellen wir uns entschieden entgegen! Die Anfrage zeigt zudem eine besorgniserregende Unkenntnis oder Ignoranz gegenüber der Geschichte der alevitischen und anderer betroffener Gemeinschaften in Deutschland. Das Massaker von Sivas und die anschließende Straflosigkeit der Täter, von denen viele nach Europa geflohen sind, darunter auch nach Deutschland, sind tief in das kollektive Gedächtnis der Alevit*innen eingeebrannt. Diese Gemeinschaft erwartet zu Recht, dass ihre Geschichte und ihr Leid anerkannt und respektiert werden, insbesondere in einem Land, das ihnen Schutz und eine neue Heimat bietet.

Opfer werden verschwiegen

Besonders beunruhigend ist das Schweigen der anfragenden muslimischen Parteien zu den Opfern des Massakers von Sivas. Diese Haltung wirft Fragen über die universellen Prinzipien der Menschenrechte auf, trägt zur Spaltung der Gesellschaft bei und untergräbt die Bemühungen um eine gemeinsame Erinnerungskultur. Die Implikation der Anfrage, dass die Veranstaltung politisch motiviert gewesen sei oder gar eine „Partei“ in einem „innenpolitischen Konflikt“ ergreife, ist eine gefährliche Verharmlosung der Gräueltaten von Sivas. Es ist inakzeptabel, diese Bildungsarbeit als unpassend oder gar schädlich darzustellen. Stattdessen sollte sie als eine wichtige Mahnung dafür dienen, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit niemals vergessen werden dürfen und dass die Täter – egal wo sie sich befinden – zur Rechenschaft gezogen werden müssen.



Alevitische Gemeinde Deutschland
Almanya Alevi Birlikleri Federasyonu
Körperschaft des öffentlichen Rechts



BUND DER
ALEVITISCHEN JUGENDLICHEN
IN DEUTSCHLAND E.V.

Die AABF und der BDAJ verurteilen die in der Anfrage formulierten Vorwürfe scharf, da sie das Leid der Opfer von Sivas bewusst verharmlosen und die Traumata der alevitischen Gemeinschaft ignorieren.

Wir bekräftigen unsere uneingeschränkte Unterstützung für weitere politische Bildungs- und Erinnerungsveranstaltungen, die neue communityübergreifende Impulse für die Erinnerungsarbeit setzen und wir danken dem Zentrum für Erinnerungskultur, Demokratie und Menschenrechte in Duisburg. Die Auseinandersetzung mit Ereignissen wie diesem ist notwendig, um die Erinnerungskultur in Deutschland zu stärken und die Prinzipien der Menschenrechte zu verteidigen.

Kontakt:

Alevitische Gemeinde Deutschland K.d.ö.R (AABF)
Stolberger Straße 317, 50933 Köln
0221 9498560
info@aabf.de

Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V. (BDAJ)
Stolberger Straße 317, 50933 Köln
0221 94 98 56 42
info@bdaj.de